

»Konsens ist möglich«

Thema Mindestlohn im Piushaus heiß diskutiert

Rheda-Wiedenbrück (WB). Mindestlohn – ein Thema, das jetzt im Piushaus sehr emotional diskutiert wurde. Eingeladen hatten die KAB-Bezirksverbände Ostwestfalen-Nord und Paderborn-Höxter.

Etwa 150 Teilnehmer interessierten sich für die Meinung der Vertreter von Arbeitgebern, Gewerkschaften, Verbänden und Politik und konnten sich auch mit eigenen Beiträgen in die hochkarätig besetzte Talkrunde einbringen.

Birgit Zenker, Bundesvorsitzende der KAB aus Köln, erläuterte, dass sich ihr Verband schon lange vor den Gewerkschaften für einen Mindestlohn stark gemacht hatte. Aktuell fordere die KAB einen Mindestlohn von 9,20 Euro.

CDU-Bundestagskandidat Ralph Brinkhaus erklärte, dass ein flächendeckender Mindestlohn angesichts der unterschiedlichen Verhältnisse in den Wirtschaftszweigen nicht sinnvoll sei. Gleichwohl müsse es aber Regelungen gegen Lohnwucher geben.

Martina Schu, Gewerkschaftssekretärin (ver.di) aus Bielefeld, wies darauf hin, dass fast ein Viertel aller Beschäftigten im »Niedriglohnbereich« tätig sei.

Niedriglöhne seien in erster Linie Frauenlöhne.

Burkhard Marcinkowski, Geschäftsführer des Unternehmerverbandes für den Kreis Gütersloh, vertrat die These, dass ein gesetzlicher Mindestlohn zum Verlust von Arbeitsplätzen führe. Und: Wenn permanent nach der »Geiz-ist-geil« Methode vorgegangen werde, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn qualifizierte Betriebe auf der Strecke blieben.

Parlamentarischer Staatssekretär Klaus Brandner (SPD) erklärte, dass er sich von einem entschiedenen

Gegner eines flächendeckenden Mindestlohns zu einem Befürworter gewandelt habe, da die viel beschworenen Selbstregulierungsmechanismen des Marktes versagt hätten.

Einig waren sich die Diskutanten in der von der »Hart aber fair«-Redakteurin Brigitte Büscher moderierten Runde, dass sich die nächste Bundesregierung ernsthaft Gedanken zur Frage des Mindestlohns machen müsse und dass ein Konsens möglich sei, wenn alle ein wenig von ihren Positionen abrückten.



Die Teilnehmer der Talk-Runde: Burkhard Marcinkowski, Birgit Zenker, Klaus Brandner, Martina Schu, Ralph Brinkhaus, Magdalena Brieden, Markus Wallmeyer und WDR-Moderatorin Brigitte Büscher (von links).

— Diskussion im Piushaus —

KAB und Gewerkschaft wollen den Mindestlohn

Rheda-Wiedenbrück (gl). Sehr emotional ging es zu im Piushaus in Wiedenbrück, wohin die Bezirksverbände der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) Ostwestfalen-Nord und Paderborn-Höxter kurz vor den Bundestagswahlen zu einer Diskussion über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns eingeladen hatten.

Rund 150 Zuhörer interessierten sich für die Meinung der Vertreter von Arbeitgebern, Gewerkschaften, Verbänden und Politik und konnten sich auch mit eigenen Beiträgen in die Gesprächsrunde einbringen. Braucht Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn? Was ist ein gerechtes Einkommen und wie hoch muss der Mindestlohn überhaupt sein, wenn er die Wertschätzung menschlicher Arbeit ausdrücken soll? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Diskussion im Piushaus.

Birgit Zenker, Bundesvorsitzende der KAB aus Köln, erläuterte, dass sich ihr Verband schon lange vor den Gewerkschaften für einen Mindestlohn stark gemacht habe. Aktuell fordere die KAB einen Mindestlohn von 9,20 Euro. Wenn sich Deutschland auch zurzeit in einer Wirtschaftskrise befände, so sei aufgrund des Booms der Jahre 2006 und 2007 genug Geld vorhanden, um den Forderungen nach einem Mindestlohn Rechnung zu tragen. Bedenken, wonach viele Betriebe dann nicht mehr wettbewerbsfähig wären,

wies Zenker mit dem Hinweis zurück, dass man auf Qualität der Produkte setzen müsse und dafür auch höhere Preise erzielen könne. Am Beispiel Englands zeige sich, dass die Einführung eines Mindestlohns keinen Wettbewerbsnachteil bedeute.

Ralph Brinkhaus, CDU-Bundestagskandidat für den Kreis Gütersloh, erklärte, dass ein flächendeckender Mindestlohn angesichts der unterschiedlichen Verhältnisse in den Wirtschaftszweigen nicht sinnvoll sei.



Gleichwohl müsse es aber Regelungen gegen Lohnwucher geben. Arbeitgeber hätten aber das Recht, Gewinne zu erzielen, da sie ja auch das unternehmerische Risiko trügen.

Martina Schu, Verdi-Gewerkschaftssekretärin aus Bielefeld, wies darauf hin, dass fast ein Viertel aller Beschäftigten im „Niedriglohnbereich“ tätig sei. Niedriglöhne seien in erster Linie

Frauenlöhne, die oft im Frisörhandwerk, in der Gastronomie oder im Einzelhandel bezahlt würden.

Burkhard Marcinkowski, Geschäftsführer des Unternehmerverbands für den Kreis Gütersloh, vertrat die These, dass ein gesetzlicher Mindestlohn zum Verlust von Arbeitsplätzen führe und mache auch das Kaufverhalten der Verbraucher verantwortlich für die aktuelle Situation. Wenn viele Billigprodukte gekauft würden, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn qualifizierte Betriebe auf der Strecke bleiben.

Klaus Brandner, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Kandidat der SPD für den Bundestag im Kreis Gütersloh, erklärte, dass er sich von einem einst entschiedenen Gegner eines flächendeckenden Mindestlohns zu einem Befürworter gewandelt habe, da die viel beschworenen Selbstregulierungsmechanismen des Marktes versagt hätten. Zudem hätten 20 der 27 EU-Staaten einen solchen Mindestlohn eingeführt.

Einig waren sich die Diskutanten in der von der „Hart aber fair“-Redakteurin Brigitte Büscher moderierten Runde, dass sich die nächste Bundesregierung ernsthaft Gedanken zur Frage des Mindestlohns machen müsse und dass ein Konsens möglich sei, wenn alle ein wenig von ihren festgefahrenen Positionen abrückten.



Diskutierten im Piushaus auf Einladung der KAB über den Mindestlohn: (v. l.) Burkhard Marcinkowski, Birgit Zenker, Klaus Brandner, Martina Schu, Ralph Brinkhaus, Magdalena Erieden, Markus Wallmeyer und Brigitte Büscher.

Mindestlohn bleibt weiter umstritten

Politiker diskutieren auf Einladung der Katholischen Arbeitnehmerbewegung

■ **Kreis Gütersloh (NW).** Sehr emotional ging es zu im Pius-Haus in Wiedenbrück, wohin die Bezirksverbände der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) Ostwestfalen-Nord und Paderborn-Höxter zu einer Diskussion über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns eingeladen hatten. Rund 150 Teilnehmer interessierten sich für die Meinung der Vertreter von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Verbänden.

Birgit Zenker, Bundesvorsitzende der KAB aus Köln, erläuterte, dass sich ihr Verband lange vor den Gewerkschaften für den Mindestlohn stark gemacht hatte. Aktuell fordere die KAB 9,20 Euro. Wenn sich Deutschland auch zurzeit in einer Wirtschaftskrise befände, so sei aufgrund des Booms der Jahre 2006 und 2007 genug Geld vorhanden, um den Forderungen

nach einem Mindestlohn Rechnung zu tragen. Bedenken, wonach viele Betriebe dann nicht mehr wettbewerbsfähig wären, wies Zenker mit dem Hinweis zurück, dass man auf die Qualität der Produkte setzen müsse und dafür auch höhere Preise erzielen könne. Am Beispiel Englands zeige sich, dass die Einführung eines Mindestlohns keinen Wettbewerbsnachteil nach sich ziehen müsse.

Ralph Brinkhaus, CDU-Bundestagskandidat, erklärte, dass ein flächendeckender Mindestlohn angesichts der unterschiedlichen Verhältnisse in den Wirtschaftsbranchen nicht sinnvoll sei. Gleichwohl müsse es aber Regelungen gegen Lohnwucher geben. Arbeitgeber hätten aber das Recht, Gewinne zu erzielen, da sie auch das unternehmerische Risiko trügen.

Martina Schu, Gewerkschafts-

sekretärin (ver.di) aus Bielefeld, wies darauf hin, dass fast ein Viertel aller Beschäftigten im „Niedriglohnbereich“ tätig sei. Niedriglöhne seien in erster Linie Frauenlöhne, anzutreffen im Friseurhandwerk, der Gastronomie oder im Einzelhandel. Betroffene fände man aber auch in der Industrie, vor allem unter den Leiharbeitern.

Burkhard Marcinkowski, Geschäftsführer des Unternehmerverbandes, vertrat die These, dass ein gesetzlicher Mindestlohn zum Verlust von Arbeitsplätzen führe und machte das Kaufverhalten der Verbraucher verantwortlich für die aktuelle Situation. Wenn permanent nach der „Geiz-ist-geil“-Methode vorgegangen werde, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn qualifizierte Betriebe, insbesondere im Einzelhandel, auf der Strecke blieben.

Klaus Brandner, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Kandidat der SPD für den Bundestag, erklärte, dass er sich von einem entschiedenen Gegner eines Mindestlohns zu einem Befürworter gewandelt habe, da die viel beschworenen Selbstregulierungsmechanismen des Marktes versagt hätten. Zudem hätten 20 der 27 EU-Staaten den Mindestlohn eingeführt und gute Erfahrungen gemacht.

Einig waren sich die Diskutanten in der von der „Hart aber fair“-Redakteurin Brigitte Büscher souverän moderierten Runde, dass sich die nächste Bundesregierung ernsthaft Gedanken zur Frage des Mindestlohns machen müsse und dass ein Konsens möglich sei, wenn alle ein wenig von ihren festgefahrenen Positionen abrückten.